Nr. 272. XII. Jahrgang. Täglich 90000 Auflage. Mittwoch, 5. Oktober 1904.

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Umgebung 20 Pf., für auswärts 25 Pf., Tabellensatz 50 Pf. Die 2spaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 1.50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühren 30 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Filialen und auswärtigen Filialen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Inserate zu Originalpreisen und Rabatten an.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Pillnitzer Straße 49.
Fernsprecher: Redaktion Amt I Nr. 3897. Expedition Amt I Nr. 4571. Verlag Amt I Nr. 5473.

Abonnement: In Dresden und Vororten monatlich 50 Pf., pro Quartal 1.50 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1.95 Mk. frei Haus. Mit der Beilage „Dresdner illustrierte Blätter" pro Monat 15 Pf. mehr.
Postbezug: Ausg. A monatl. 67 Pf., pro Quartal 2.00 Mk.
mit „Dr. Fl. Bl." „ B „ 80 „ „ „ 2.40 „
In Oesterreich-Ung. „ A „ 1.09 Kr. „ „ 3.26 Kr.
„ „ „ B „ 1.26 „ „ „ 3.78 „
Für die Schweiz „ A „ 0.82 Frs. „ „ 2.46 Frs.
„ „ „ B „ 0.96 „ „ „ 2.94 „
Nach dem Auslande per Kreuzband pro Woche 80 Pfg.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten. Roman siehe Seite 17 und 18.

## Die Dauer der Budgetperioden in Sachsen.

Als im vorigen Monat die sächsische Regierung in der bekannten, alle Wünsche der beteiligten Bevölkerungskreise unbeachtet lassenden Weise sich gegen die Einführung von niedrigen Ausnahmetarifen für die notleidende sächsische Industrie entschied, herrschte begreiflicherweise eine tiefgehende Verstimmung unter den Industriellen unsres engeren Vaterlandes. Man empfand nicht nur wieder einmal mit unangenehmer Gründlichkeit, daß bei uns die Interessen des kleinsten Teils der Bevölkerung, des landwirtschaftlichen, ausschlaggebend sind, während in der Industrie, dem Handel und Verkehr vor allem ergiebige Besteuerungsobjekte gesehen werden, nein, beinahe noch schmerzlicher berührte es, daß man keine Möglichkeit hatte, seinen Beschwerden an einer Stelle Ausdruck zu geben, wo die Regierung hätte Rede und Antwort stehen müssen. Es war daher leicht zu verstehen, wenn in Kreisen der Industrie der Wunsch nach sofortiger Einberufung des Landtages laut wurde und die Ansicht sich befestigte, daß überhaupt ein häufigeres Tagen des sächsischen Parlaments nötig sei. Leider hat man seitdem von einer Agitation der Industriellen für eine Verkürzung der sächsischen Budgetperioden wenig oder vielmehr gar nichts gemerkt. Es scheint eben auch in diesem Falle zu gehen, wie es so häufig bei uns zu gehen pflegt: man ballt die Faust in der Tasche und fügt sich.

Das ist um so bedauerlicher, als sich diejenigen, die nie für einen Ausbau des Parlamentarismus und umfassendere Beteiligung des Volkes an der Entscheidung über das eigne Geschick zu haben sind, sofort eifrig rühren, um jeden Versuch einer Verkürzung der Budgetperioden schon im Keime zu ersticken. So beschäftigt sich das Organ der sächsischen Konservativen, „Das Vaterland", in seiner letzten Nummer mit dieser Angelegenheit. Es lehnt zwar nicht von vornherein einjährige Budgetperioden ab, schreibt aber doch so viel dagegen, daß es einer Ablehnung gleichkommt. Besonderen Nachdruck legt es darauf, daß nicht nur der badische Finanzminister Buchenberger, sondern auch der große Fürst Bismarck längeren Budgetperioden den Vorzug gegeben hätten, und zwar vor allem deswegen, weil die jährliche Aufstellung eines Etats eine ungeheure Arbeit sei, die nicht ohne Hast und infolgedessen auch nicht ohne Fehler und Mängel zu leisten sei. Buchenberger betont dabei noch, daß auch eine starke Personalveränderung in den oberen Regierungsbehörden erforderlich und entsprechend der Möglichkeit, alle Jahre Wünsche vorzubringen, eine Steigerung der Staatsausgaben unausbleiblich sein würde.

Man wird diesen Einwänden eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Ausschlaggebend aber können sie nicht sein. Denn sie richten sich nicht so sehr gegen die längere oder kürzere Dauer der Budgetperioden, als gegen das System der parlamentarischen Mitwirkung bei Aufstellung des Staatshaushaltes überhaupt. Der Kampf um dieses System jedoch ist längst zugunsten des Parlamentarismus entschieden, und die Frage steht deshalb heute nicht mehr so, ob eine gründliche und häufige Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten an maßgebender Stelle zweckmäßig sei, sondern heute handelt es sich darum, das parlamentarische System so fruchtbringend wie möglich für die allgemeinen Interessen zu machen.

Und da wird man sagen müssen, daß in dieser Hinsicht besonders bei uns in Sachsen noch viel zu leisten und nachzuholen ist. Wir leiden ja geradezu an einer Versumpfung unsrer inneren Politik. Ist der Landtag nicht beisammen, dann wirtschaftet die Regierung ganz ungestört und unkontrolliert nach eignem Belieben, ist er aber beisammen, dann scheint er seinen Ehrgeiz besonders darin zu suchen, sich als gute Jasagemaschine zu erweisen und an allem so wenig wie möglich auszusetzen. Die wenigen Stimmen, die ohne antinational zu sein eine ernste Kritik wagen, verhallen, wenn auch nicht ungehört, so doch wirkungslos.

Und der Erfolg dieses Zustandes ist dann die gewaltige Unzufriedenheit, die in Sachsen so weit verbreitet ist. Wenn hierin eine Aenderung herbeigeführt werden könnte, so müßten nach unsrer Ansicht alle jene Bedenken, die mit dem Hinweis auf Bismarck und Buchenberger geltend gemacht werden, schwinden, selbst einige Mehrausgaben für Personal wären in den Kauf zu nehmen, falls sie sich als notwendig herausstellen sollten, woran wir übrigens zweifeln, da wir nicht nur ein tüchtiges, sondern auch ein sehr zahlreiches Beamtenpersonal haben.

Jeder nun, der der Mitwirkung des Volkes an der Regierung nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, gibt zu, daß das konstitutionelle System bei uns segensreich gewirkt und daß gerade der Parlamentarismus außerordentlich zur politischen Erziehung unsres Volkes und zu seiner ruhigen und glänzenden Entwicklung beigetragen hat. Selbstverständlich haften dieser Einrichtung, wie allem Menschenwerk, auch Mängel an, und wir sind die letzten, die das leugnen und z. B. endlose, unfruchtbare Debatten oder unsachliche Kritik verteidigen möchten. Aber wir sind anderseits heute mehr als je der Ueberzeugung, daß ein Parlament, welches seinen Zweck erfüllen soll, häufig, jährlich zusammentreten muß. In unsrer schnellebigen Zeit, in der jeden Augenblick neue, das Volk im tiefsten bewegende Fragen auftauchen können, bei den gewaltigen, weit über Deutschland, ja über Europa hinausreichenden Geschäftsinteressen, die Sachsen hat, und bei dem lebhaften Bedürfnis des Volkes nach politischer Betätigung erscheint es uns unumgänglich nötig, daß die Vertreter des Volkes in stetem Zusammenhang mit der Regierung sind und nicht nur mit ihrem Rat, sondern auch mit ihrer Kritik da eingreifen, wo es erforderlich ist. Sonst verliert der Parlamentarismus sogar seinen Wert als Sicherheitsventil. Aus diesen Erwägungen heraus halten wir sowohl eine Aenderung unsres Wahlrechts, die allen Bevölkerungskreisen gerecht würde, als auch die Einführung einjähriger Budgetperioden für Maßnahmen, die weiter nichts wären, als zeitgemäße, im allgemeinen Interesse liegende Verbesserungen unsrer Verfassung.

## Politische Tagesübersicht.

### Deutsches Reich.

**Nochmals die Mittelmeerreise des Kaisers.** Das „Berl. Tagebl." ergänzt seine bisherigen Mitteilungen über die Mittelmeerreise des Kaisers dahin, daß diese auf Anraten der Aerzte erfolgen sollte. Von durchaus kompetenter Seite wird uns dies als eine grundlose Erfindung bezeichnet. Das Befinden des Monarchen, der gerade jetzt wieder außerordentlich viel leistet und sich körperlich frischer befindet wie lange zuvor, ist ausgezeichnet. Speziell das Manöver ist ihm vortrefflich bekommen, und die Aerzte denken nicht daran, ihm aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach dem Süden zu empfehlen, wozu keinerlei Veranlassung vorliegt. Dies muß jetzt ausdrücklich festgestellt werden, da es, wie bereits gemeldet, nicht ausgeschlossen ist, daß Kaiser Wilhelm später einmal eine Mittelmeerfahrt wieder unternehmen kann. Bis jetzt ist aber über eine solche Absicht nicht das mindeste bekannt.

**Der Kaiser als Wohltäter.** Der Kaiser stiftete ein Kapital von 28 000 Mk. für Witwen und Waisen von Bewohnern der Rominter Heide.

**Prinz Philipp von Koburg der Fälschung beschuldigt.** Das Pariser „Journal" bringt einen Artikel seines Mitarbeiters de Bonnefond, welcher sich augenblicklich in Wien aufhält und dort eine Unterredung mit einer Prinzessin hatte, von welcher Kronprinz Rudolf seinerzeit gesagt, daß sie die geistreichste und hervorragendste Dame in Wien sei. Die Prinzessin erklärte, daß nach ihrer Ueberzeugung die Fälschung der Wechsel von dem Prinzen Philipp von Koburg selbst begangen worden sei; er habe sich dieses Mittels bedient, um sich seiner Gattin und Matraschicks zu entledigen.

**Zur Gewehrablieferung in Deutsch-Südwest.** Von gutunterrichteter kolonialer Seite wird uns geschrieben: Eine schwer zu lösende Frage, die für die spätere Sicherheit in der Kolonie von hervorragender Bedeutung ist, betrifft die Gewehr- und Munitionsablieferung der Eingeborenen, die unbedingt im Prinzip durchgeführt werden muß. Man wird hier mit größter Vorsicht vorgehen, und vor allen Dingen für eine genügende Bewachung der Grenzen, über welche geschmuggelt wird, Sorge tragen müssen. Mit Portugal, das an der Südgrenze seiner Deutsch-Südwestafrika benachbarten Besitzungen Truppen zur Niederwerfung eines Aufstandes der Eingeborenen angesammelt hat, muß unbedingt ein Einvernehmen hergestellt werden. Ebenso mit den Engländern. Hiervon abgesehen, bleiben innerhalb des Schutzgebietes insofern besondere Schwierigkeiten zu überwinden, als die Witboileute, die unter ihrem Häuptling treu auf unsrer Seite kämpften und sich als zuverlässig erwiesen haben, nicht ebenso behandelt werden dürfen wie die übrigen Neger. Man wird mit ihnen eine Ausnahme machen müssen und ihnen vielleicht eine gewisse Anzahl von Gewehren mit Munition zunächst belassen. Eine besondere Kontrolle müßte natürlich in diesem Falle eingerichtet werden, doch in schonendster Weise. Auch würde es sich empfehlen, zwischen ihnen und den andern Eingeborenen einen deutlich hervortretenden Unterschied insofern zu machen, als man die Frage der Führung von Waffen und Munition bei den Witbois zu einem späteren Zeitpunkt regelt als bei den Aufständischen. Zunächst muß man eher auf eine Belohnung der treuen Elemente bedacht sein.

**Abgeordnetenjubiläum.** Am 7. Oktober können neun Mitglieder des preußischen Landtages das 25jährige Abgeordnetenjubiläum begehen. Von ihnen sind die Herren v. Kröcher, v. Eynern, Hobrecht und Träger parlamentarisch hervorgetreten. In Herrn v. Kröcher (kons.) schätzt man allseitig den gewandten und humorvollen Präsidenten. Herrn v. Eynerns Spezialgebiete sind Steuergesetzgebung, Schul- und Kirchenpolitik. Mit dem Zentrum hat er manchen lebhaften Strauß ausgefochten. Abg. Hobrecht, der Senior der Nationalliberalen, ist ein mit besonderer Aufmerksamkeit gehörter Sprecher zur Ostmarkenpolitik. Abg. Träger (freis. Vp.), der bekannte Dichter und Jurist, nimmt sich insbesondere der künstlerischen Interessen mit Wärme an. Er hat durch seine liebenswürdig-satyrische Art oft die Lacher auf seiner Seite. Abg. Professor Kropatschek (kons.) endlich, der ebenfalls zu den Jubilaren gehört, tritt zwar selten als Redner auf, — er ist Spezialist in Schulfragen — aber er übt trotzdem Einfluß aus im Landtag als langjähriger Re-

## New-Yorker Brief.

**Ein Rätsel. — Auf dem Schlachtfeld. — Streikandenken. — Hoch- und Untergrundbahn. — Nur eine Million Dollar.**

New-York, 28. September.

Ich will dem Leser einmal ein Rätsel aufgeben: Es fährt zweispännig, voran reitet ein Polizist, hinterher folgt ein berittener Polizist, und ein Detektiv sitzt neben dem Kutscher? Der Leser wird nicht darauf verfallen, er wird vielleicht an die „braune Minna" denken oder einen Wagen der Münze mit Goldbarren oder an den Herrn Präsidenten und andre ungenießbare Kostbarkeiten, aber auf das Richtige kommt er nicht. Also: das ist ein New-Yorker Fleischerwagen mit Fleisch. — Ordentlich rührend war die Sorgfalt, mit welcher die New-Yorker Schutzmannschaft die Fleischröpfe der Stadt bewachte. Ein Auge der Augen des Gesetzes schielte nach herumlungernden Streikenden, das andre sog mit Wonne den unentwickelten Duft dem Lichte entgegenschlummernder Beefsteaks in sich ein. Zum Teil war die Fürsorge auch recht angebracht; denn außer darin, daß vielleicht 20 000 Arbeiter in amerikanischen Schlächtereien ihr Brot verloren, bestand der Haupterfolg des riesigen Fleischerstreiks in einigen umgestürzten Fleischerwagen, deren Inhalt der süße Pöbel durch den Kot schleifte und mit Petroleum übergoß, sofern es nicht möglich war, ihn unbelästigt heimwärts zu eskamotieren. Die Schwierigkeit, ein Hinterviertel für den Hausgebrauch zu retten, lag aber nicht in den bei solcher Gelegenheit oft recht gewaltsam zugedrückten Schutzmannsaugen, sondern am Futterneide der Tumultuanten, die sich die Stücke aus den Händen rissen. Besonders aufregend war die ganze Geschichte nicht; von einer Fleischnot war keinen Augenblick die Rede; die Preise stiegen ein paar Cents, aber das war einfach „Mache" der Großschlächter und Händler vom Trust, die ihre Riesenvorräte aus den Gefrierhäusern los sein wollten und daher den geschickt inszenierten Streik als Vorwand hatten für den Mangel an frischem Schlachtgut. Der Streik war eben, wie schon früher bemerkt, zwischen den beiderseitigen Führern zweifelsohne abgekartetes Geschäfts- und — Wahlmanöver. Wie wenig ernsthaft er trotz seinem Riesenumfang im Grunde genommen war, erhellt daraus, daß eine hiesige Großfirma die Familien ihrer streikenden Arbeiter mit Fleischsendungen unterstützte. In Chicago nahmen die Arbeiter wenigstens die Sache ernster. Sie fraßen das Schlachtvieh bei lebendigem Leibe auf. Allen Ernstes wurde von dort berichtet, daß sich ein Stückerdutzend Schlachtstiere aus ihren Verschlägen losgerissen hätten; selbstredend nicht ohne gültige Mitwirkung der Streiker. Die Tiere rannten hinaus, in die dichten Volksmassen hinein, aber der Himmel verlieh dem Volke Kraft — das Volk zerriß die wütenden Stiere; sechs von ihnen verschwanden spurlos, die blutigen Hörner und Klauen blieben auf dem „Schlacht"felde. — Obgleich diese Meldung bisher nicht widerlegt wurde, vermuten kritische Beurteiler, daß ihr wahrscheinlich der einfache Diebstahl eines geschlachteten Ochsen oder auch nur eines Rinderviertels zugrunde liegt, um dessen Besitz sich ein Häufchen Pöbel balgte; doch ist's keineswegs undenkbar, daß in der Tat die Schlachttiere aus den Verschlägen herausgeführt und von den sympathiestreikenden Treibern der Volksmenge, die doch zumeist aus Schlächtern bestand, direkt im wahren Sinne des Wortes ans Messer geliefert wurden, und daß die Polizei sich wenig bemüßigt fühlte, dem „hungernden" Volke die Freude zu verderben, ist leicht begreiflich, warum auch und wofür? Solange keine ernstere Veranlassung vorliegt, wie ein paar Ochsen zu retten, wird sie sich schön hüten, den braven Bürgersleuten ein Leids zu tun, wenn diese nicht selbst mit der Polizei anbinden. Und eine „ernste" Veranlassung war der Fleischerstreik trotz der bitteren Folgen, die er für Tausende hatte, keineswegs. Die Veranlassung war auch eine gar zu seltsame. Weil die Arbeitsleute, wohlverstanden „Arbeitsleute", nicht die geschulten Arbeiter, in Chicago über zu knappen Lohn klagten, haben sämtliche Fleischerverbände, Kutscher, Treiber, Maschinisten an den Heiz-, Beleuchtungs-, Kraft- und Gefrier-Anlagen, Fleischhauer, Wurstmacher im ganzen Lande gestreikt — und den Streik glänzend verloren. Wer da noch nicht den Segen der „Unions" einsieht, wird ihn nie begreifen. Hätten die Großschlächter, die Trustleute, den Streik wirklich für bedenklich genommen, so hätten sie sich nicht mit dem Engagement von Negern begnügt an Stelle der Streikenden, sondern sie hätten sich rechtzeitig eine Reservearmee professioneller Streikbrecher bestellt oder wenigstens rechtzeitig für die Einübung einer solchen gesorgt. Die Bahnen sind in diesen Fällen besser daran, wenn ihre Angestellten anfangen „aufzumucken": Der Streikbrecher wird geholt mit seiner Armee, und die Streiker können froh sein, wenn sie nach seinem Abzuge ihr Leben und ihre gesunden Knochen und ihre Stellung behalten haben.

Die Bahnen sind bekanntlich hier keine Staatsunternehmungen, sondern Privatinstitute, und irgendwo im Lande gibt es alle Augenblicke einen Streik. Herr Farley hat für solche Fälle seine Adreßkarte bei allen Bahnverwaltungen hinterlegt und steht auf telephonischen Anruf jederzeit mit einer Mannschaft von 500 bis 1000 auf den Eisenbahndienst eingeschulter, verwegener Gesellen und der dreifachen Reservezahl zur Verfügung; seine Leute bestehen aus früheren Eisenbahnern, unzufriedenen Unionleuten und abenteuerlustigen Gesellen, die gern eine gutbezahlte, nicht ungefährliche Arbeit verrichten. Das Geschäft rentiert sich so, daß Herr Farley seine Kerntruppen auch während der Waffenstillstände mit festem Gehalt bezahlt. Droht irgendwo ein Streik — denn bis zum Ausbruch wird nicht gewartet —, so akkordiert der General mit der betreffenden Direktion, die seinen Leuten oft das Dreifache desjenigen Tagelohnes bezahlt, welchen sie den streikenden Angestellten verweigert. Es handelt sich ja weniger um die Ausgaben, als um das Prinzip — und außerdem bekommt Herr Farley eine Extravergütigung von einigen Tausend Dollars für jeden „erledigten" Fall und seine Mannschaft ein Gleiches, wenn auch in geringerem Betrage. Aber er leistet auch etwas fürs Geld. Er hat ein halbes Dutzend Kugelwunden und sonstige blutige Andenken an verschiedene Streiks aufzuweisen, und seinen Mannschaften kommt es ebenfalls auf ein paar gebrochene Glieder nicht an. Seine Arbeit an diversen Bahnstreiks, die er in den letzten Jahren „brach", steht bei den Bahnbeamten heut' noch im gefürchteten Angedenken. Wenn Farley auf der Bildfläche erscheint, wird die Sache ernst.

Und in diesem Monat erschien er auf der Bildfläche in New-York. Es drohte nämlich auf der Hochbahn ein Streik aus einer Ursache, die auch ein recht drastisches Licht auf die Anschauungen der Union wirft: Bekanntlich soll demnächst die Untergrundbahn eröffnet werden. Den Angestellten der Hochbahn war es freigestellt, sich um die 3000 Stellungen bei dem neuen Unternehmen zu melden. Sie machten davon keinen Gebrauch. Ungezählte Tausende drängten sich aus allen Kreisen um diese Posten und waren glücklich, mit drei Dollars pro Tag für zehnstündige Arbeit engagiert zu werden. Die Hochbahnleute, welche 3,50 Dollars erhalten, drohten darauf mit einem allgemeinen Streik, der den gesamten Verkehr in New-York lahmgelegt hätte. Grund: „Es könnte vielleicht der Bahnverwaltung einmal einfallen, auch den Hochbahnleuten „nur" drei Dollars zu zahlen." Die Bahnverwaltung war politisch genug, ein wenig entgegenzukommen, Farley war bereits aktionsfertig, und seine bloße Anwesenheit genügte, den Streik zu vermeiden.

Natürlich gehört er mit seinen Leuten zu den bestgehaßten Personen des Staates, aber er weiß sich in Respekt zu setzen, besser als die armen Neger, welche den Fleischbaronen helfen mußten. Die Schwarzen durften sich nicht auf der Straße sehen lassen, konnten nicht in den Häusern einquartiert werden, und wurden in Schiffen untergebracht, die im Flusse am Fabrikhofe ankerten, so daß sie zu der Arbeit und zurückgehen konnten, ohne auf der Straße gesehen zu werden.

Man sollte bei alledem nicht glauben, daß diese gewaltigen Streiks zum größten Teil Wahlmanöver sind, um im Volke die Stimmung für eine oder die andre Partei zu erhöhen. Es gibt ja hier nur zwei Parteien, welche zählen, Republikaner und Demokraten; jede wünscht, daß der neue Präsident, der am 8. November gewählt wird, aus ihrer Mitte hervorgeht, und läßt es sich Millionen kosten.

**So hat Rockefeller allein zum Wahlfonds für Roosevelt eine Million Dollars gezeichnet. Die Bahnen, Stahlwerke usw. haben Millionen gegeben — und insgeheim unterstützen sie mit Millionen die Gegenpartei; sie dürfen's auch mit dem Gegner nicht verderben.** von Mie.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19041005/1